

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Belegungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Zergauerstr. 8, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnbez. 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil 30 Goldpf., eines Umrahmens 50 Goldpf. und labelartiger Satz mit Aufschlag.

Anzeigen-Abnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 11.

Donnerstag, den 26. Januar 1928.

31. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichsernährungsminister Schiele teilte im Reichstags-Anschluß für den Winter mit, daß folgende Pläne der Reichsregierung für die Getreideernte 1928/29 wegen der bekannten Unzuverlässigkeiten entworfen worden sei.

* Der aus mehreren Länderministern bestehende Sparauschuß des Reiches ist zum 2. Februar von dem Vorsitzenden, Reichsfinanzminister Dr. Brüder, nach Berlin einberufen worden.

* Der litauische Ministerpräsident Wolodemas ist in Berlin eingetroffen, wo die deutsch-litauischen Verhandlungen ihren Anfang nahmen.

In Paris fürzte ein Brandstiftungsplan ein, wobei ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden.

Irrungen und Wirrungen.

Nachträge zur rheinischen Separatisterei.

Das war eine Senation im Kölner Limbourg-Prozess! Der Kläger, der sich durch den Vorwurf, die separatistischen Pläne eines Dr. Dorian und seiner Genossen unterläßt zu haben, schwer beleidigt fühlte, hat seine Klage gegen einen Kölner Redakteur zurückgezogen. Und sein Bruder, der geschworen hatte, daß er niemals mit Dr. Dorian etwas zu tun gehabt habe, wird im Gerichtsfall vom Fied weg wegen Meinungsdelict verhaftet, weil zwei Briefe gerade das Gegenteil beweisen.

Dr. Limbourg, der Kläger, und sein Bruder sind im Rheinland sehr bekannte Persönlichkeiten; der ältere ist sogar Provinziallandtagsvertreter. Und nun dieser Prozeß, der ohne Urteilsschlichtung verlief, aber trotzdem ein vernünftiges Urteil fällt. Zeuge um Zeuge waren aufmarschiert, darunter auch solche, die ein für die Separatistenbewegung eine sehr große Rolle gespielt hatten. Darunter der einflussreiche Finanzminister der Rheinlandregierung, Dr. Viebing, den der Volkswind schon 1920 „Dr. Scheibing“ nannte. Vernichtend für den Kläger war das Zeugnis aller: enge Verbindung mit dem Separatismus selbst, landesverräterischer Form wurde ihm nachgewiesen. Der Versuch davon habe ich ja schon längst an und deswegen habe ich alle großen Parteien des Rheinischen Provinziallandtages gewarnt, ihn als Fraktionsgenossen aufzunehmen.

Er war Geldgeber für Dorian, stand sehr weit vorn in dieser hauptsächlich durch französische Geld angelegten Bewegung. Strafe dafür kann ihn nicht mehr treffen, weil 1924 das Völkerverbot den Mantel der Unkenntnis über alle politischen Taten heiligt, bis zum dem Separatismus in Verbindung stehen. Nichts desto trotz aber auch er, wie viele andere Freigeistliche, nicht daran, daß Doriens letztes Ziel die Abtrennung der Rheinlande von Deutschland war. Aber schon die Erziehung der Rheinlandautonomie im Rahmen Deutschlands, die Erzeugung eines solchen „Rheinlandstaates“ war Landesverrat. Welches jüngste die Franzosen. Und das mußte genügen, um das Ziel dieser Bewegung, himmelweit verschieden von den Bemühungen deutscher Behörden, 1923 durch Verhandlungen mit den französischen Gewaltbehörden das schwere Geschick des Rheinlandes zu mildern. Ausdrücklich erklärte der Duisburger Hochgerichtspräsident A. r e s s e, daß dabei nie von Politik die Rede war oder gar von Autonomieplänen; wien doch die Parteien übereingekommen, daß an der staatsrechtlichen Lage des Rheinlandes nichts geändert werden sollte, solange ein Franzose am Rhein steht. Und das Gericht erklärte ebenso ausdrücklich, daß die Verhandlungen, die damals prominente deutsche Persönlichkeiten mit französischen Stellen geführt haben, nur den Zweck hatten, die Rheinlande vor der Trennung zu bewahren. Und Dr. Limbourg soll, wie ein Zeuge eithlich aussagte, den Dr. Dorian schon 1919 auf diesen Weg gedrängt haben; sein Bruder propagierte ganz offen die Rheinische Republik mit Anschluß an Frankreich.

Vieles blieb dunkel und wird dunkel bleiben; vielleicht ist es ganz auf so. Wandler verlor anachetis der

nurdtbaren Katastrophe 1918, der Bezeugung, der inneren Wirren drüben im unbesetzten Gebiet den Kopf zu schütten und tat manches, was er später bereute. Aber schon 1923 war es ganz anders, weil man mußte, worauf es den Franzosen und ihren rheinischen Gefolgsleuten ankam; die Zwischenzeit hatte dafür gesorgt, daß Klarheit wurde. Ungerächt mußte das Blut derer bleiben, die sich damals für ein beidseitiges Rheinland einsetzten gegen Separatismus und französisch-französischen Unterwerfung. Jähren und Jähren wurde das alles verdrängt. Dr. Dorian und andere sind gestorben, dürfen sich nach Deutschland zurückziehen; sie und die andern Schuldigen aber trifft nicht nur das ungeliebte, aber doch so deutliche Urteil des Kölner Gerichts — sie trifft das Urteil der Geschichte.

Den Landwirten Realkredite.

Abbedung der drückenden Verschuldung.

Am Dienstag war im Haushaltsausschuß des Reichstages durch den Reichsernährungsminister Schiele die Erklärung abgegeben worden, daß die Reichsregierung bereit sei, die Erlangung und Ausgabe von Realkrediten durch öffentliche Stellen zur Umwidmung der Landwirtschaft zu unterstützen. Bis diese Gelder flüssig gemacht werden könnten, werde die Reichsregierung im Rahmen des Möglichen die Landwirtschaft durch Ermäßigung und Stundung von Steuern beschützen. Während ging die Debatte über die dringende Frage im Ausschuß weiter, wobei es mehrfach zu hartem Auseinandergehen der Meinungen kam. Reichsernährungsminister Schiele teilte mit, daß die Beratungen des Kabinetts über die Realkreditmaßnahmen noch nicht beendet seien. Das wichtigste für die Personal- und schwebenden Schulden von drei bis vier Milliarden so weit wie irgend möglich in Realkredit umzuwandeln. Das soll durch Zinsrückzahlung angebahnt werden. Die festliegenden Kredite der Landwirtschaft sollten flüssig gemacht werden, um möglichst schnell für Betriebsmittel Kredite frei zu machen durch Umwandlung von Krediten in zweie Hypotheken. Mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht sei Prüfung aufgenommen worden. Für eine Ausdehnung der Realkredite wurden nachher die Provinzial- und Kreisregierungen beauftragt, die Realkreditefrage für die Landwirtschaft zu prüfen. Diese aber seien Sache der Gemeinden. 16 Firmen sei bereits die Genehmigung zum Ertragserleichterungsgesetz entzogen worden.

In der vor und nach der Ministererklärung sich abspielenden Aussprache trat besonders entschieden der Abg. Lind (Bayer. Bauernbund) auf. Er beklagte die Langsamkeit der Hofflandmaßnahmen für die Landwirtschaft. Kredite seien gewiß ganz schön, aber sie müßten zu erschwinglichen Zinsen gegeben werden. Trotz großer Einschränkungen erleihe gerade der Landwirt bei der gegenwärtigen Preislage die größten Verluste, der intensiven wirtschaftliche. Welche nicht bald etwas, so könne es zu den unangenehmsten Erscheinungen kommen. Der deutsche Abg. J a n d r e y behandelte ausführlich die Intenstivierung der Betriebe, die die Landwirtschaft durchgeführt habe. Das habe nichts genützt. Die Preise seien gedrückt worden, man habe die neuen Handelsverträge auf Kosten der Landwirtschaft gemacht. Der Abgeordnete sagte weiter, daß die Lage so verzweifelt sei, daß ein Punkt in das Unübermaß genügen würde, eine Explosion hervorzuverursachen. Gegen Erhöhung der Zölle sprach der sozialdemokratische Abg. S c h m i d t Berlin.

Abg. Dr. S t e i n b e r g (S o.) wendet sich gegen die mehr oder minder verheerenden Drohungen, die gewissermaßen das Recht auf Revolution proklamieren. Durch solche Drohungen ließen seine Freunde sich nicht schrecken. Er bitte aber den Minister, dazu Stellung zu nehmen. Er leugne nicht die Not der Landwirte, wende sich aber gegen die Verallgemeinerung auf alle Landwirte.

Abg. Dr. S t e i n b e r g (S o.) wachte gleichfalls die Landwirte vor Überreizungen und vor denen vor Drohungen mit Streikemonstrationen, Sturm auf die Finanzämter und ähnlichem. Ein Teil der Beschwerden habe sich im übrigen nicht gegen das Reich zu richten; viele der notwendigen Maßnahmen seien Landesache. B a y e r n habe übrigens die geringste Grundsteuer und doch habe der Ausschuß gerade aus Bayern eine so schwere Klage hören müssen.

Nach weiterer Diskussion für und gegen, wobei kein Redner landwirtschaftliche Hoffände in Zweifel zog, wurde die allgemeine Aussprache beendet und die Einzelberatung vertagt.

Forderungen des Brandenburgischen Landbundes

In einer Vertreterversammlung des Brandenburgischen Landbundes in Berlin am Mittwoch, die hart besetzt war und auf der es zu sehr lebhaften Aussprachen kam, wurde eine Resolution gefaßt, in der 1. den märkischen Landwirten empfohlen wird, ihre Betriebe einzufrieden und die Erzeugung auf das Maß herabzusetzen, das der heimische Markt noch aufzunehmen imstande ist; 2. die Zahlung von Steuern, Sozialabgaben und sonstigen öffentlichen Lasten, die bisher aus der Erzeugung bestritten wurden, zu vermindern; 3. die Ausgaben auf das Minimum herabzusetzen und selbst Reparaturen nur soweit vornehmen zu lassen, wie sie unerlässlich sind, um den Verfall der Wirtschaft zu verhindern.

Ferner protestiert die Entschließung gegen die jagdliche Sprache, welche bisher die Zeitung des Reichslandbundes gegenüber den Anzeigern ausgesprochen habe. Aus den Kreisen der Versammlung wurde die mit Beifall aufgenommene Anregung gestellt, falls die Regierung nicht bis zum 20. Februar in befriedigender Weise auf die vorgelegten Forderungen der Landwirtschaft geantwortet habe, Anfang März riefige Demonstrationen in Berlin zu veranstalten, um der Regierung den Augen zu führen, daß die Landwirte die bisherige Behandlung nicht länger zu ertragen gewillt sind. Bemerkenswert war eine Mitteilung der Vertreter von Angermünde, daß dort mehrere Bauernversammlungen in den letzten Tagen bereits beschlossen haben, die Zahlungen einzustellen.

Die deutsch-litauischen Verhandlungen.

Wolodemas in Berlin.

Der litauische Ministerpräsident Wolodemas ist in Berlin eingetroffen, wo die deutsch-litauischen Verhandlungen bereits ihren Anfang genommen haben. Am Freitag wird Wolodemas vom Reichsbotschaften empfangen werden. Zu Ehren des Gastes sind mehrere Diners, u. a. auch der Reichsaussenminister Dr. Stresemann, vorgezeichnet.

Kroß des Memelländischen Landtages. Der Memelländische Landtag nahm gegen die Stimmen der Groß-Bauer und der Kommunisten eine Protestklärung gegen die Willkürpolitik des litauischen Gouverneurs gegenüber dem Memelland an. Die Veröffentlichung der Erklärung wird überhaupt der Verhandlung über diesen Gegenstand wurde der memelländischen Presse durch die Zensur unterzogen.

Reformen bei der Reichspost.

Ein Vortrag des Staatssekretärs Sautter. Der Staatssekretär Sautter vom Reichspostministerium hielt einen beachtenswerten Vortrag über die Reformen bei der Deutschen Reichspost. Er wies auf die Erweiterung der Verkehrsleistungen und die Zunahme des Verkehrs gegenüber der Vorkriegszeit hin und legte dar, daß die Zahl der beförderten Postsendungen im Jahre 1918 8,2 Milliarden betragen habe, 1926 aber 9,7 Milliarden. Die Zahl der beförderten Briefen sei von sechs Millionen im Jahre 1913 auf 36 Millionen im Jahre 1926 gestiegen, und zwar infolge der Ausdehnung des Postverkehrs auf dem Lande, der, wie die gesamte ländliche Postbesetzung, noch vergrößert werden soll. Eine große Steigerung weist auch der Geld- und der Postschleppverkehr auf. Trotz allem sei der Personalstand in Verwaltschaft und Betrieb der gleiche geblieben, da auch bei der Reichspost die Rationalisierung bedeutende Fortschritte gemacht habe.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen beschäftigte sich Staatssekretär Sautter mit den wirtschaftlichen Aufgaben der Reichspost. Er teilte mit, daß man sich mit dem Plane trage, Postkastenstellen auf dem flachen Lande und in kleineren Städten aus Geschäftsbetrieben zu übertragen. Es sei ferner an eine Erweiterung der Schalterstunden der Post wie an eine Verbesserung der Zustellung gedacht.

Der Staatssekretär berichtete dann über die Finanzwirtschaft der Post, deren Jahreserinnahmen rund 2100 Millionen betragen. Davon entfielen auf Betriebskosten für Personal rund 1300 und auf Sachkosten 700 Millionen; die restlichen 100 Millionen würden an das Reich abgeführt. Zum Schluß seines Vortrages erklärte der Vortragende, daß an eine Erhöhung der Tarife unter keinen Umständen gedacht würde.

Der Montagsleiter Karl Klapp aus Ottenen bei Altona, der zur Zeit des Entwurfs im steller beschäftigt war, wurde von den Trümmern befreit. Auf seine Befreiung war das erste Ziel der Rettungsmaßnahmen gerichtet. Die in dem Bau beschäftigten Arbeiter konnten bis auf drei den Bau noch rechtzeitig verlassen, so daß als sicher angenommen werden darf, daß sich unter den Trümmern keine weiteren Opfer befinden.

Zariffündigung im Ruhrbergbau.

25.000 Metallarbeiter streiken in Mitteldeutschland. In einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter der vier Bergarbeiterverbände in Essen wurde beschlossen, das Arbeitsabkommen für den Ruhrbergbau und die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 30. April 1928 zu kündigen.

Die Metallindustriellen Mitteldeutschlands haben durch Anschläge in den Werken ihren Belegschaften mitgeteilt, daß die Betriebe stillgelegt und die Belegschaften auseinander werden. In Nürnberg und in Hergerode, wo kleinere Betriebe in Betracht kommen, ist die Auslösung bereits vollzogen worden.

Das Reichsarbeitsministerium hatte seinerzeit den Schiedsbericht im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik nicht für verbindlich erklärt. Es hat sich dabei von dem Umfang bestimmen lassen, daß die Klust zwischen den Forderungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer 10 a 10 b war, daß eine Einigung ausgedrückt werden konnte, und weil inzwischen auch etwa 25.000 Arbeiter in den Streik getreten waren. Das Reichsarbeitsministerium beobachtet den Fortgang der Angelegenheit weiter und hofft, im geeigneten Augenblick zu einer Verständigung beitragen zu können.

Berliner Produktenbörse.

Getreide und Mehlarten per 1000 Kilogramm, feinst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	25. 1.	24. 1.	25. 1.	24. 1.
Welsch. m.ä. r.	233-236	233-236	Weißl. f. r. l.	15,2
dommerf.	235-238	235-238	Roßl. f. r. l.	15,0
dommerf.	235-238	235-238	Wien	345-350
dommerf.	235-238	235-238	Leinfaat	—
dommerf.	235-238	235-238	Wit-Graben	50-56
dommerf.	235-238	235-238	H. Speiseerz	32-35
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	21-22
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	20-21
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	20-21
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	21-24
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	14-17
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	15,7-16,1
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	21,0-20,5
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	19,9-20,1
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	22,0-22,2
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	19,8-19,5
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	22,0-22,4
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	22,0-22,4
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	22,0-22,4
dommerf.	235-238	235-238	Reinfaat	22,0-22,4

* Stadtschlachtmart. Auftrieb: 1315 Rinder, darunter 215 Ochsen, 353 Bullen, 747 Kühe und Färsen, 2450 Schafe, 3307 Schafe, 16.078 Schweine, zum Schlachthof direkt lief Letztem Viehmart 2609, 939 Auslandschweine. Verlust: Bei Rindern in guter Stare glatt, sonst ruhig, bei Rindern, Schafen und Schweinen ruhig. Preise: Rindern a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwert, b) sonstige vollfleischige 53-57, c) fleischige 47-51, d) gering genährte 40 bis 45; Bullen a) 55-57, b) 51-53, c) 48-50, d) 44-46; Kühe a) 45-46, b) 32-33, c) 29-30, d) 25-27; Färsen a) 55 bis 57, b) 48-53, c) 42-46; Ferkel 38-48; Stalter a) 78-85, b) 60-75, d) 46-55; Schafe a) 50-55, b) 40-47, c) 25-35; Schweine a) - b) 54, c) 52-53, d) 50-51, e) 45 bis 48; Lamm 46-49.

* Schweinemarkt. Auftrieb: 561 Schweine, 387 Ferkel. Marktverlauf: Sehr langsam. Preise gedrückt. Es wurden gegen 10 Entschandeln pro Stück für Läuferchweine, 6-8 Monate alt 43-56, bis 4-6 Monate alt 30-44, Ferkel, 3-4 Monate alt 21-30, Ferkel, 8-12 Wochen alt 13-21, 4-6, 8-8 Wochen alt 10-13 Markt.

Amtlicher Teil.

Öffentliche Sitzung des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung zu Annaburg

am Montag, den 30. Januar 1928, um 18.30 Uhr, im großen Sitzungssaale des Rathauses hiersehl.

- Tagesordnung:
1. Anhörung über Auflösung der Gutsbezirke Annaburg und Thiergarten.
 2. Bewilligung der Kosten für die Ratsverteilung.
 3. Nachmal's Antauf der Blumenhalle.

Annaburg, den 26. Januar 1928.

Der Gemeindevorsteher.

Gebühreordnung für Hebammen im Regierungsbezirk Merseburg

Gemäß § 15 des Gesetzes über das Hebammenwesen ist für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg folgende Gebühreordnung fest:

- § 1. Den Hebammen (§ 2 des Gesetzes über das Hebammenwesen) stehen für ihre berufsmäßigen Leistungen Gebühren nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu.
- § 2. Die niedrigsten Sätze sind in Rechnung zu stellen:

 1. wenn die Zahlung der Gebühr aus Reichs- oder Staatsfonds oder aus Mitteln einer milden Stiftung erfolgt;
 2. wenn Armenverbände oder nachweisbar Unbemittelte, die keinen Anspruch auf Wochenhilfe oder Wochenfürsorge haben, zur Zahlung der Gebühr verpflichtet sind;
 3. wenn die Gebühr von einer Gemeinde (§ 942 R.W.O.) zu zahlen ist.
 4. Ueber die von den Trägern der Krankenversicherung an die Hebammen zu zahlenden Gebühren ist die Verordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 4. Juni 1927 - I.M.H. 1891 (Volkswohlfahrt S. 644) - nachzusehen.

In allen vorbezeichneten Fällen (Ziffern 1 bis 3) kann die Hebamme höhere Sätze berechnen, wenn dies im Einzelfalle durch besondere Schwierigkeiten der Leistung oder durch das Maß des Zeitaufwandes gerechtfertigt ist.

§ 3. Im übrigen ist die Höhe der Gebühr innerhalb der festgesetzten Grenzen nach den besonderen Umständen des einzelnen Falles, insbesondere nach der Schwierigkeit und Zeitdauer der Leistung und nach der Vermögenslage des Zahlungspflichtigen zu bemessen.

§ 4. Den im § 17 des Gesetzes über das Hebammenwesen unterschiedenen Steuerungsclassen gehören an:

- Steuerungsclassen I:
Die Orte des Ortsklassenverzeichnisses A und B.
Steuerungsclassen II:
Die Orte des Ortsklassenverzeichnisses C.
Steuerungsclassen III:
Alle übrigen Orte.

§ 5. Für die nachstehend bezeichneten Leistungen gelangen folgende Gebührensätze zur Anwendung:

1. Für den Bestand bei einer regelmäßigen und bei einer frühzeitigen Geburt für die Dauer bis zu 8 Stunden:
 - a) 16,- bis 36,- RM,
 - b) 15,- bis 36,- RM,
 - c) 14,- bis 36,- RM.
2. Für jede folgende weitere Stunde je 10 % Zuschlag.
2. Für den Bestand bei einer Willkürsgeburt, einer regelwidrigen Geburt, einer mit Blutungen und deren Folgen oder mit Entzündung, mit einer Lösung der Nachgeburt oder mit mäßiger Wiederbelebung des Kindes verbundenen Geburt erhöht sich der Anfangssatz zu 1 um je 20 %.
3. Bei einer Entbindung, zu der ein Arzt zugezogen wurde, erhöht sich die Gebühr zu 1 und 2 um je 20 %.
4. Für den Bestand einer Fehlg- oder unzeitigen Geburt oder bei der Abnahme einer Mole für die Dauer bis zu 6 Stunden:
 - a) 12,- bis 30,- RM,
 - b) 11,- bis 30,- RM,
 - c) 10,- bis 30,- RM.

für jede folgende Stunde je 10 % Zuschlag.

§ 5. Für jeden vorgeschriebenen Wochenschuß einschließlich der dabei erfolgenden Untersuchungen und Einrichtungen, wie Auspumpungen, Klüpfelungen, Katheterisieren, Baden und Wickeln des Kindes, für jede angefangene Stunde bei Tage:

- a) 1,60 bis 3,- RM,
- b) 1,50 bis 3,- RM,
- c) 1,40 bis 3,- RM.

§ 6. Für jeden sonstigen Besuch, falls dabei Untersuchungen oder Einrichtungen durch die Hebamme ausgeführt werden, einschließlich der Untersuchungen und Einrichtungen, für jede angefangene Stunde bei Tage:

- a) 1,50 bis 3,50 RM,
- b) 1,40 bis 3,50 RM,
- c) 1,30 bis 3,50 RM.

bei Nacht das Doppelte.

§ 7. Für jeden sonstigen Besuch, bei dem von der Hebamme keine Untersuchungen oder Einrichtungen ausgeführt werden, für jede angefangene Stunde bei Tage:

- a) 0,90 bis 2,- RM,
- b) 0,80 bis 2,- RM,
- c) 0,70 bis 2,- RM.

§ 8. Für eine Tagemache außerhalb der Zeit der Geburt (Besuch eingeschlossen):

- a) 4,50 bis 9,- RM,
- b) 4,25 bis 9,- RM,
- c) 4,25 bis 9,- RM.

Für eine solche Nachtmache:

- a) 9,- bis 14,- RM,
- b) 8,- bis 14,- RM,
- c) 7,- bis 14,- RM.

Für eine solche Tag- und Nachtmache:

- a) 12,- bis 20,- RM,
- b) 11,- bis 20,- RM,
- c) 10,- bis 20,- RM.

§ 9. Für eine Ratsverteilung durch Fernsprecher bei Tage:

- a, b, c: 0,75 bis 2,- RM,

bei Nacht das Doppelte.

§ 10. Für eine Ratsverteilung in der Wohnung der Hebamme bei Tage:

- a, b, c: 0,75 bis 2,- RM,

bei Nacht das Doppelte.

§ 11. Für eine Untersuchung in der Wohnung der Hebamme einschließlich der Ratsverteilung bei Tage:

- a, b, c: 1,50 bis 2,- RM,

bei Nacht das Doppelte.

§ 12. Für ein schriftliches Zeugnis außer der Gebühr für die Untersuchung oder den Besuch:

- a, b, c: 0,75 bis 1,50 RM.

§ 13. Für die Ausfüllung eines Schilffisches je Woche:

- a, b, c: 0,50 bis 1,- RM.

Als Nacht im Sinne vorstehender Vorschriften gilt in den Monaten April bis September - beide einschließlich - die Zeit von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, in den anderen Monaten die Zeit von 9 Uhr abends bis 8 Uhr morgens.

§ 6. Bei einer Verrichtung in Häusern, die mehr als 2 km von der Wohnung der Hebamme entfernt liegen, sind der Hebamme, falls für nicht freies Fußweget gestellt wird, sowohl für den Hin- als auch für den Rückweg entweder die baren Auslagen für tatsächlich benutztes Fußweget bezw. die Fahrtkosten der III. Wagenklasse (bei Benutzung des Schiffes der II. Kajüte) oder der Fahrpreis der Straßenbahn bei deren Benutzung zu erfahren. An Wegegederen können bei Benutzung eines Fahrzeuges oder bei Zurücklegung des Weges zu Fuß für jeden Landwegkilometer 0,25 RM. erhoben werden.

Im übrigen sind der Hebamme die baren Auslagen für die bei ihrer Hilfeleistung verwendeten Desinfektionsmittel und Verbandstoffe, soweit diese nicht aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden, zu ersetzen.

§ 7. Diese Gebühreordnung tritt am 15. Januar 1928 in Kraft.

Merseburg, den 24. Dezember 1927.

Der Regierungspräsident. Gräßner.

Veröffentlicht: Torgau, den 17. Januar 1928.

Der Landrat. Wehr.
Veröffentlicht. Annaburg, den 26. Januar 1928.
Der Gemeindevorstand.

lokales und Provinzielles.

* Kino-Schau. Ein neuer Henry-Borten-Film. Henry Borten ist heute noch immer unbefreit die größte deutsche Filmschaupielerei. Anlässlich ihrer schweren Erkrankung, die sie sich bei den Aufnahmen zu den Filmen „Die große Raufe“ und „Blauhaar“ zugezogen hat, war sie Gegenstand zahlloser Sympathiebekundungen aus allen Teilen Deutschlands und des Auslands. „Blauhaar“ spielt in der Schweiz und behandelt die Tragödie eines Mädchens, das einem Verführer zum Opfer gefallen ist. Dieser Film, der die große Kunst der Henry Borten auf der Höhe der Meisterschaft zeigt, wird bei uns im Lichtspielhaus zu sehen sein.

Pretzin, 21. Januar. Auch die Arbeitnehmerschaft von Pretzin und Liebenburg beginnt sich in letzter Minute zu rühren, um gegen die geplante Auflösung der Strafanstalt Liebenburg Stellung zu nehmen. In einer öffentlichen Arbeitnehmersammlung wiesen die beiden Arbeitnehmer Springer und Schreier darauf hin, welche große Nachteile für die gesamte Einwohnerschaft und Pretziner Arbeiterschaft entstehen würden, wenn die Strafanstalt Liebenburg, wie behördlich bereits beschlossen, aufgelöst werden sollte. Obwohl man nicht verkennen dürfte, daß eine ganze Reihe von Arbeiten, die von der freien Arbeiterschaft erledigt werden könnten, von den Anstalten der Strafanstalt zur Ausführung kommen, so sei doch der Nachteil nicht zu vernachlässigen, den die Erhaltung der Strafanstalt Liebenburg auch der Pretziner Arbeiterschaft bringe. Würde die Strafanstalt aufgelöst, so würden vermehrt auch die Eisenwerke von Pretzin ihr Tätigkeitsgebiet verlegen und 170 in den Eisenwertin beschäftigte Arbeiter würden erwerbslos. Die Kommunalmaßnahmen würden geringer, jedoch die Kommunalaffären blieben dieselben, worunter vor allen Dingen die Arbeiter mit Hausbesitz zu leiden haben würden. Auch das Bestehen der Kleinbahn Annaburg-Pretzin hänge von dem Bestehen der Strafanstalt ab und ein Ort ohne Bahnverbindung ist nicht existenzfähig und bietet für andere Industrieunternehmungen keine Niederlassungsmöglichkeit. In der zum Schluß eingehenden Aussprache wurde dann beschlossen, eine Resolution auszubringen für die Erhaltung der Strafanstalt, in welcher aber zugleich gefordert werden soll, daß die Arbeiten, die von der freien Arbeiterschaft ausgeführt werden können, aus der Anstalt herausgenommen werden. Ferner machte der Führer der hiesigen örtlichen Ortsgruppe, Gärtnermeister Hanke, die Mitteilung, daß der Beschluß der Auflösung bereits festliehe, jedoch die Ausführung desselben vielleicht noch niedergelassen würde, wenn demersprechende Einwendungen von allen Seiten erhoben würden. Der Grund der Auflösung der Strafanstalt Liebenburg sei in dem modernen Strafvollzug zu suchen, da durch die Bewährungsstrafe nicht mehr sozial Strafanstalten nötig seien und die alten Strafanstalten daher aufgelöst werden müßten.

Falkenberg (Bez. Halle), 23. Jan. Ein hiesiger Arbeiter hatte nach einer Auseinandersetzung mit seinem Arbeitgeber keine Entlassung erhalten. Er war darüber so erregt, daß er mit einer Pistole einen Schuß auf den Werkleiter abgab, ohne diesen zu treffen. Am nächsten Augenblick machte ein zweiter Schuß. Der junge Mann hatte seinem Vater freiwillig ein Ende gemacht. Er war sofort tot.

Torgau, 23. Januar. (Die Torgauer Ausstellung). Neben zahlreichen anderen Voranmeldungen haben namentlich auch zwei große Firmen sich bereit erklärt, in eigenen Hallen alles für den Haushalt und für die Landwirtschaft auf dem Gebiete der Elektrizität Notwendige zu zeigen. - Aus einer Wohnung in der Wintergasse drang am Sonnabend harter Geruch und Qualm, der die Anwohner veranlaßte, die verschlossene Wohnung polizeilich öffnen zu lassen. Wie sich herausstellte, hatten die Bewohner eine Kerze angezündet und vergessen, einen auf dem Feuer befindlichen Fleischtopf „halt zu stellen“. Das Fleisch war obßig verrotzt. Torgauerwelder Sachschaden ist nicht entstanden.

Jahna, 23. Jan. Vor einiger Zeit brachten wir die Mitteilung, daß Arbeiter der Chamottefabrik einen Schienenbruch auf der Eisenbahnstrecke entdeckt hatten, den der Aufseher Wartenberg gleich dem Bahnhofsleiter meldete. Da durch diese Meldung ein größeres Unglück vermeiden wurde, hat der Aufseher Wartenberg von der Eisenbahndirektion eine Belohnung von 100 RM. erhalten, welcher Betrag unter die Beteiligten verteilt werden soll.

Bitterfeld. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist an der Erhaltung des großen Goldschloßes bei Bitterfeld wohl kaum noch zu denken. Der Forstfiskus dürfte den Wald zu Auslastungszwecken verkaufen. Dadurch verliert das Bitterfelder Industriegebiet sein einzig größeres Waldgebiet, so daß fast ganz Bitterfeld in etlichen Jahren rings von Braunkohlengruben und großen Industrieertern eingeschlossen sein wird. Um Erfolg für den der Braunkohle zum Opfer gefallenen Wald zu schaffen, will man im Bitterfelder Braunkohlengebiet eine Waldbaugenossenschaft bilden, die die ausgefallenen Felder aufkosten soll, um so neue Wälder zu schaffen.

Oberförsterei Annaburg.

Ruhholzwverkauf am Donnerstag, 9. Febr. 1928, vorm. 10 1/2 Uhr im Waldschlößchen:
Kahlhölz Jagd 17, 35, 45, 152 und Durchforstungen Jagd 91, 92, 136, 142, 143, 151, 152. Größe: 62 Stück Kl. A/G = 24 fm. Erl: 17 Stück Kl. 1/2 = 14 fm. Liefer: 3638 Stück Kl. 1b/5 = 1787 fm. Aufmaßlisten und Losverzeichnis durch Forstsekretär Duste, Annaburg.

Unverheirateten
Anspanner
sucht Gertrudshof.

Gebrauchtes
Klavier

zu kaufen gesucht. Angebote an die Exped. d. Bl.

Leibliches, eheliches
Mädchen,
nicht unter 18 Jahren zum 1. Februar nach Wittensberg gesucht.

Hau M. David,
Wittensberg, Markt Nr. 15.

Die Beleuchtung, die ich über den Brandstiftung ausgeproben habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre sie als unwahr.
Wilhelm Theilemann
Haudorf.

Achtung!
Großbrütere
Jessen (Ester)
beginnt die Lohndruck am 5. Februar. Eintagslilien liefern ab 1. März. Vorbereitungen erbeten.
R. Seidel.

Trockenes
Brennholz
in Denslängen
fuhrenweise frei Haus
liefert billigst
Wilh. Kunze.

Frischmehl
wieder frisch eingetroffen bei
J. G. Frischke.
Frachtbrieft
empfeilt die Buchdruckerei

Weisse Woche

vom 28. Januar bis 6. Februar

Eine selten günstige Kaufgelegenheit zur Deckung des Bedarfs in Weißwaren bietet Ihnen diese seit Wochen auf das sorgfältigste vorbereitete Verkaufsvoranstaltung

C. G. Holzhausen, Wittensberg

Die Patentsicherung ist

da sie immer für Erfolg sorgt,
immer betriebsfertig,
da das Ausweichen einer ausgebrannten Sicherung hinderlich ist,
♦ **praktisch**, ♦
da ihr Preis unter Berücksichtigung ihrer Vorzüge ein niedriger ist,
billig und sparsam!
Kostlose Vorführung jederzeit und unverbindlich.
Nur zu haben bei:
Wilhelm Iisitz
Schlosserei und Installation
Telephon 223 Annaburg Holzdorfstr. 17
Sämtliche Beleuchtungs-Artikel für Gas und Elektrisch.

Sämtliche Bau-Artikel:

Eiserne Träger und Säulen, letztere auch nach Maßgabe in allen Stärken werden sofort angefertigt.
Front- und Grabgitter,
Eiserne Fenster und Oberlichte, Türen und Torwege vom Lager und nach Maß.
Eiserne Dachbinder, sämtl. Ofenbau-Artikel, Tonrohre.
Eiserne Pumpen mit Rohr und Sauger, sowie komplette Wasserleitungen.
Stallgitter für Schweineställe, Schweinetröge :: Krippenschalen.
Wilhelm Grahl.

Kaiser-Borax
für Toilette und Haushalt in Paketen zu 25 u. 50 Pf. zu haben bei
J. G. Frischke.

Eintrittsblocks Garderobenblocks
sind wieder vorrätig.
Herm. Steinbeiß.

Annaburger Lichtspielhaus

bietet uns von Freitag bis Sonntag 8 1/2 Uhr im unmittelbaren Anschluß an die Berliner Aufführung mit der größten und bestbesetzten deutschen Schauspieltruppe

Henny Porten
genügende Stunden in ihrem neuen großen Erfolge

VIOLANTHA.

Ein Hochalpen- Drama aus den Schweizer Alpen nach dem Roman „Schatten“ von E. Zahn in 6 Akten.

Neben spannungsreicher Handlung geben herrliche Natur-Aufnahmen dem Ganzen einen prachtvollen Hintergrund. Szenen von großer dramatischer Wucht zeigen uns Henny Porten von neuem in ihrer großen Meisterhaftigkeit der Darstellungskunst.

Hierzu ein gut gewählter bunter Teil.
NB. Beachten Sie bitte unsere Schaukästen.

Sie wissen doch!!

Bis zum 28. Januar

Inventur-Ausverkauf

bei
Carl Quehl
Annaburg.

Besonders billig:
Damenmäntel
Kindermäntel
Damenkleider
Kinderkleider
Strickjacken
Pullover

Bester
Ganz bequemer billiger!!
Beachten Sie bitte meine Schaukästen!



Noch nie dagewesen!

Habe einen großen Posten

Damenmäntel

in bekannt guten Qualitäten
bis zur Hälfte des bisherigen Preises
herabgesetzt!

Zußerdem vieles andere mehr!

Ernst Peschke.

Ansichtskarten
neueste Aufnahmen vom Schloß usw.
Herm. Steinbeiß, Papierhandlung.

Fenster, Türen Möbel aller Art
in bekannter Güte und dabei so preiswert empfiehlt
Wilhelm Kunze.

ff. Leinöl
empfeilt
Arthur Hönemann.

Königin Luise-Bund.
Freitag, den 27. Januar abends 8 Uhr im „Waldfischlöcher“
Hauptversammlung.
Neuwahl des Vorstandes und Vortrag
(Frau Pastor Gabelein)

Verein selbständ. Handwerker und Gewerbetreibender Annaburg und Umgebung.
Am Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr findet im Gasthof „Siegestrans“ unsere
General-Verammlung
statt. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.
Der Vorstand.

Männer-Turn-Verein von 1881.
Unsere werten Gäste und Mitglieder nochmals zur gefl. Kenntnis, daß unser so beliebt geordnetes
Tiroler Bauernball

am Sonnabend, den 28. Januar, abends 8 Uhr in den Räumen des Gasthauses „Goldener Ring“ stattfindet.
Folgende Tänze, ausgeführt von 82 Baben und Madeln unter Begleitung von 15 Saiteninstrumenten, kommen in den Tanzpausen zur Vorkündigung: 1. Hopseja zum Tanz mein Hund; 2. Seppeltanz; 3. Bauernhochzeit; 4. Tiroler — oberbayrischer Händel; 5. Dreier.
Für sonstige, stimmungsvolle Unterhaltung, auch in Gesängen, ist Sorge getragen.
Einzigartig ist auch die in diesem Jahre vollendete Scandeleration im Geörgestil, man wagt sich in die Alpenwelt und kann insofern durch Besuch unseres Abends auf eine höchst interessante Weise nach Tirol verdrängen.
Festbetrag Mk. 1.—
Also auf Wiedersehen am Sonnabend.
Grüß Gott!
Der Vorstand des M.-T.-V. v. 81.
NB. Eingang zum Saal durch die Gaststube.

Palast-Theater
Freitag bis Sonntag.
Cilly Feindt, Berlins gefeierter Kunsttänzerin zeigt sich zum ersten Male in ihrem großen Jutastück:

Zirkusprinzessin!
9 Akte. Ein Film aus der Menge. 9 Akte.
Das immer interessante Milieu des Zirkuslebens ist das Motiv der Handlung. Artistiche, Artistiche. Das Drama eines kleinen Mädchens, das unter dem Deckmantel der wohlwollenden Kunst den Widerstand eines mühen Mühen zum Ende führt.

„Snobby als Naturforscher“.
Die neue Zeitschriftenwoche.
Zu diesem interessanten Programm bei günstigen Preisen laden wir freundlichst ein.
Voranzeige: „Die schönsten Beine von Berlin“
Der letzte große Waffel, der zur Zeit mit Riesenerfolg in Berlin und Leipzig in Uraufführung läuft.

Restaurant zur Kleinbahn.
Sonnabend, den 28. Januar
Großer Bodbeertrubel.
Für 77 Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Unterhaltungs-Musik.
Es ladet freundlichst ein **Wilhelm Feidant.**
Wägen gratis!

Voranzeige!
Arb.-Gesang-Verein „Concordia“
Sonnabend, den 4. Februar
Maskenball
in sämtl. Räumen des Bürgergarten.
Prämierung der 5 schönsten und originellsten Masken.

Gasthof Herberge
Sonnabend und Sonntag:
Großes Bodbeerfest
in den festlich decorierten Räumen.
Stimmung! Humor!
Unterhaltungsmusik.
♦♦ Bockbiermützen gratis! ♦♦
Hierzu empfehle die besten Speisen und Getränke, Kaffee und Pfannkuchen.
Sonntag ab 3 Uhr nachm.

♦ **Großes Preisstaken!** ♦
! Treff! sämtlich. Statfonnen Treff!
Es ladet freundlichst ein **S. Kinowiski.**

Wer war Jesus?
Oeffentlicher Vortrag
Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 Uhr im Gasthof „Zum Siegestrans“, Markt.
Eintritt frei.
Ref.: W. Kadte.

Selbsthilfe im Handwerk.

Von Otto Seidler.

Das Jahr 1928 wird von vielen Beobachtern der Wirtschaftslage als das Jahr der Entscheidung über Fort- oder Rückgang des deutschen Handwerks bezeichnet.

Ob nun diese auf die veränderte Zeit- und Wirtschaftslage notwendige Einstellung hinreichend erfolgt ist, ergibt ein Überblick über die letzten Ereignisse im Handwerksleben.

Sehr viel mehr Freunde hat sich die Idee der gegenseitigen Unterstützung erwiesen. Die Zeiten sind vorbei, in denen sich der Einzelhandwerker nicht darum kümmerte, wie der Schneider ergeht, und der Klempner, wie sich der Schmeißer durch das Leben schlägt.

Angelaßt die andere Seite darf antwortend gewirkt hat, als Selbsthilfe des Handwerks bezeichnet werden, denn, ganz einseitig vom Standpunkt des Handwerkers aus gesehen, bedeutet dieses Verhältnis einen Fortschritt, denn der Handwerker betrautet den Großhändler als Verkäufer und nicht als dessen Feind.

Man darf dieses Beispiel nicht ablehnen, weil es vereinzelt dastehen. Es muß als Charakteristikum dafür gewertet werden, daß man sich auf die eigene Kraft besinn und sich in die Selbstverhältnisse ficht.

Der Wunsch des inneren Handwerksbetriebes hat sich jedoch ebenfalls modernisiert. Die Maschinenarbeit nimmt im Handwerk einen ständig sich steigenden Umfang an.

Ausdehnung des mitteleuropäischen Streits. Dessau. Der Streikparade des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind hier sämtliche eisenerzeugenden Werke gefolgt.

Schwere Bauernsoll. Nürnberg. Bei einem Neubau in der Patenstraße ist ein Teil der Giebelmauer eingestürzt.

Die Neuerungen im Reichsmietengesetz.

Der Beschluß des Wohnungsausschusses des Reichstages über Aufhebung der Vorschriften des Reichsmietengesetzes für Wohnungen mit mehr als fünf Wohnräumen ist teilweise mitverhandelt worden.

Die Wohnfrühdlinge in Ost-Oberfranken.

Nachdem der Sachliche Sejm (Landtag) mit allen gegen eine Stimme den Protest des Deutschen Klubs gegen die Mißbräuche bei der Aufstellung und Auslegung der Wahllisten und die Forderung auf disziplinarische Bestrafung der verantwortlichen Beamten gutgeheißen hat, ist die Grundlage dafür geschaffen, daß die Mißbräuchler bei zu Unrecht benachteiligten Wähler vorzuziehen.

Nah und Fern.

Am Bahnhöfberg überfahren. Bei der Heimkehr von der großen Winterfahrt des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs nach Bad Münsberg wurde eines der Automobile von einem schweren Unglück betroffen.

Die älteste Frau Deutschlands gestorben. In Embsen (Kreis Lüneburg) starb Deutschlands älteste Frau, die Witwe Johanna Bräge.



Girokasse der Gemeindeparkasse Annaburg

Vom Leben gehetzt

Roman von J. Schneider-Foerster

Urheberrechtsschutz 1926 durch Verlag Oskar Meisler, Werdau

(72. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Mich noch dir gefehlt, Bernhard, und gewinnt um dich, weil ich dachte, du seiest mir für immer verloren.“

„Arme Trudel! Ich konnte ja nicht wissen, wie hart meine Worte dich trafen. Ich habe auch das bereut. Alles! Alles! — Aber nun lasse ich genug sein. Darf ich dich die zwei Stunden noch haben, die ich hier in München bin? Ich fahre mit dem Sechs-Uhr-Zug wieder zurück.“

„Das sollst du nimmer sagen, Trudel!“ hat er. „Du mußt nur alles wissen, damit du mich verstehen kannst.“

„Und in den Nächten, Trude, die den Tagen folgen, da könnte ich keine Ruhe finden, immer wieder mühte ich zu deinem Bette schliefen und nachschauen, ob du noch da bist oder ob du schon wieder gegangen bist.“

„Du bist niemals mein Heiter gewesen, Bernhard!“ „Was sonst? — Soll ich dir wiederholen, was sie alle sagten, als man dich tot im Welsper glaubte?“

„Ich will nicht lachen und nicht sprechen, wenn du es so gemohnt bist!“ versprach sie.

„Dann bleibe ich auf mit dir!“ beschloß sie. „Er fuhr mit zitternden Händen über sein ergrautes Haar.“

„Trudel — — —“ sagte er gequält. „Ist es so recht?“ Sie drückte sich enger gegen ihn.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Sorgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsführung u. dgl. erfolgt jeder Anpruch auf Lieferung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerdem 7 Goldpfennig, für den Restteil 80 Goldpfennig, einm. Umrahmung, Scherleuge und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Verlagspreis: 1/2 Mark

Nr. 11.

Donnerstag, den 26. Januar 1928.

31. Jahrgang

Kleine Zeitung für effiziente Leser.

* Reichsernährungsminister Schiele teilte im Reichstagsauschuss für den Etat mit, daß jedweden Firmen die Konzeption für die Getreideerzeugung wegen der bekannten Unzufriedenheiten entzogen worden sei.
* Der aus mehreren Länderministern bestehende Sparsausschuss des Reiches ist zum 2. Februar von dem Reichsernährungsminister Dr. Schiele, nach Berlin einberufen worden.
* Der litauische Ministerpräsident Wolodemas ist in Berlin eingetroffen, wo die deutsch-litauischen Verhandlungen ihren Anfang nahmen.
* In Rassel führte ein Barrenhausneubau ein, wobei ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden.

Irrungen und Wirrungen.

Nachträge zur rheinischen Separatistenzeit.
Das war eine Zeitlang im Kölner Vinbouurg-Prozess! Der Kläger, der sich durch den Vorwurf, die separatistischen Pläne eines Dr. Dörten und seiner Genossen unterfüttert zu haben, schwer beleidigt fühlte, hat seine Klage gegen einen Kölner Notar zurückgezogen. Und sein Bruder, der geschworen hatte, daß er niemals mit Dr. Dörten etwas zu tun gehabt habe, wird im Gerichtsfall vom Fleck weg wegen Meineides verhaftet, weil zwei Briefe gerade das Gegenteil beweisen.
Dr. Vinbouurg, der Kläger, und sein Bruder sind im Rheinland sehr bekannte Persönlichkeiten; der ältere ist sogar Provinziallandtagsvertreter. Und nun dieser Prozess, der ohne Urteilsfällung verfiel, aber trotzdem ein verhängnisvolles Urteil fällte. Zeuge im Zeuge waren aufmarschiert, darunter auch solche, die einst in der Separatistenbewegung eine sehr große Rolle gespielt hatten. Darunter der einflussreiche „Finanzminister“ der Rheinlandregierung, Dr. Viebing, den der Volksmund schon 1920 „Dr. Schielebrot“ nannte. Bericht über den Kläger war das Zeugnis aller: enge Bekanntschaft mit dem Separatisten überfließend, landesberühmter Name wurde ihm nachgewiesen. Der Gericht davon haßte ihn ja schon längst an und deswegen handelte sich alle großen Parteien des Rheinischen Provinziallandtages gewogen, ihn als Fraktionsgenossen aufzunehmen.
Er war Geliebter für Dörten, stand sehr weit vorn in dieser heutzutage durch französisches Geld angeführten Bewegung. Strafe dafür kann ihn nicht mehr treffen, weil 1924 das Londoner Abkommen den Anteil der Annexion über alle politischen Seiten dreifach, die mit dem Separatismus in Verbindung stehen. Vielleicht glaube aber auch er, wie viele andere Irrgeister, nicht daran, daß Dörten's letztes Ziel die Trennung der Rheinlande von Deutschland war. Aber schon die Erzwingung der Rheinlandautonomie im Rahmen des Reiches, die Erzwingung eines solchen „Rheinlandstaates“ war Landesverrat. Verbes stützen die Franzosen. Und das mußte genügen, um das Ziel dieser Bewegung, himmelweit verfliegen von den Bemühungen deutscher Behörden, 1928 durch Verhandlungen mit den französischen Gewalttätigern das schwere Geschick des Rheinlandes zu mildern. Ausdrücklich erklärte der Duisburger Oberbürgermeister Jares, daß dabei nie von Politik die Rede war oder gar von Autonomieplänen; waren doch die Parteien übereingekommen, daß an der staatsrechtlichen Lage des Rheinlandes nichts geändert werden sollte, solange ein Franzose im Rhein steht. Und das Gericht erklärte ebenso ausdrücklich, daß die Verhandlungen, die damals prominente deutsche Persönlichkeiten mit französischen Stellen geführt haben, nur den Zweck hatten, zu zeigen, und daß diese Besprechungen niemals als Sonderbündel bezeichnet werden könnten; diese Männer hätten vielmehr im höchsten Sinne vaterländisch gehandelt.

Fünf Jahre sind seitdem vergangen und die Irrungen und Wirrungen von damals haben erfreulicherweise klarer Beurteilung Platz gemacht. Wenn jetzt der Vorhang emporrollt, so ist zur Geschichte geworden, was damals wüßler, verhängnisvoller, blutdürstigerer Tagesstimmung war. Man wollte ja eine „Volksabstimmung“ darüber erzwungen, ob das Rheinland bei Deutschland verbleiben sollte oder nicht; eine Abstimmung unter den französischen Rajonnetts! Wie derartiges vor sich geht, hat man ja bei der Volksabstimmung in Eupen-Malmédie erlebt. Und Dr. Vinbouurg soll, wie ein Zeuge eidlisch ausfragte, sein Bruder Dörten schon 1919 auf diesem Weg gedrängt haben; sein Bruder propagierte ganz offen die Rheinische Republik mit Aufschlag an Frankreich.
Viel's ist hier dunkel und wird dunkel bleiben; viel's leidet ist es ganz auf io. Mander derer anacidis ber

furchtbaren Katastrophe 1918, der Besetzung, der inneren Wirren drücken im umliegenden Gebiet den Kopf. Sprach und tat manches, was er später bereute. Aber schon 1923 war es ganz anders, weil man wußte, worauf es den Franzosen und ihren rheinischen Gefolgsleuten ankam; die Zwischenzeit hatte dafür gelernt, daß Hartigkeit wurde. Inge rächte man das Blut derer, die lebten, die sich damals für ein deutsches Rheinland einsetzten gegen Separatismus und französische Gewalt. Unter ihren, der Waffensieben, Zähnen und Säulen wurde das alles verübt. Dr. Dörten und andere sind geflohen, dürfen sich nach Deutschland zurückziehen; sie und die andern Schülern aber trifft nicht nur das ungeschöndene, aber auch so deutliche Urteil des Kölner Gerichts — sie trifft das Urteil der Geschichte.

Den Landwirten Realcredite.

Abbedung der drückenden Verschuldung.
Am Dienstag war im Hauswirtschaftsausschuss des Reichstages durch den Reichsernährungsminister Schiele die Erklärung abgegeben worden, daß die Reichsregierung bereit sei, die Erlangung und Ausgabe von Realcrediten durch öffentliche Stellen zur Umwandlung der Landwirtschaft zu unterstützen. Bis diese Gelder flüssig gemacht werden könnten, werde die Reichsregierung im Rahmen des Möglichen „Bauschaffungen“ — die Reichsregierung wolle den Landwirten durch Ermäßigungen und Erhöhung von Steuern beistehen. Mittwoch ging die Debatte über die dringende Frage im Ausschuss weiter, wobei es mehrfach zu hartem Auseinandergehen der Meinungen kam. Reichsernährungsminister Schiele teilte mit, daß die Beratungen des Kabinetts über die Realcreditleistungen noch nicht beendet seien. Das wichtigste sei, die Personal- und schwimmenden Schulden von drei bis vier Milliarden so weit wie irgend möglich in Realcredit umzuwandeln. Das soll durch Zwischenschaltung angebahnt werden. Die feststehenden Realcredite der Landwirtschaft sollten flüssig gemacht werden, um möglichst schnell für Betriebsmittel Kredite frei zu machen durch Umwandlung von Realcredit in zweite Hypotheken. Mit dem Reichsfinanzminister Dr. Schaack sei Fühlung aufgenommen worden. Für eine Auslandsanleihe würden wahrscheinlich die Prämien zur Erneuerung der Realcreditleistungen namenhaft in die Sache einbezogen werden.
Zur Erneuerung der Realcreditleistungen namenhaft in die Sache einbezogen werden.
Zur Erneuerung der Realcreditleistungen namenhaft in die Sache einbezogen werden.

Die Landwirte vor Überreibungen und vor allem vor Drohungen mit Straßendemonstrationen, Sturm auf die Finanzämter und ähnlichem. Ein Teil der Reichsregierung habe sich im übrigen nicht gegen das Reich zu richten; viele der notwendigen Maßnahmen seien Landesache. Daher habe überigens die geringste Grundsteuer und doch habe der Ausschuss gerade aus Bayern eine so schwere Klage hören müssen.
Nach weiterer Diskussion für und gegen, wobei kein Redner landwirtschaftliche Hoffnungen in Zweifel zog, wurde die allgemeine Aussprache beendet und die Einzelberatung vertagt.

Forderungen des Brandenburgischen Landbundes

In einer Vertreterversammlung des Brandenburgischen Landbundes in Berlin am Mittwoch, die fast besucht war und auf der es zu sehr lebhaften Aussprachen kam, wurde eine Resolution gefasst, in der 1. den mäßigsten Landwirten empfohlen wird, ihre Betriebe einzuschränken und die Erzeugung auf das Maß herabzusetzen, das der heimische Markt noch aufnehmen imstande ist; 2. die Zahlung von Steuern, Zinslasten und sonstigen öffentlichen Lasten, die bisher aus der Erzeugung bestritten wurden, zu verweigern; 3. die Ausgaben auf das Mindestmaß herabzusetzen und selbst Reparaturen nur soweit vornehmen zu lassen, wie sie unerlässlich sind, um den Verkauf der Wirtschaft zu verhindern.
Weiter protestiert die Entschließung gegen die jagdliche Sprache, welche bisher die Zeitung des Reichslandbundes gegenüber den Regierungskreisen angefohlen habe. Aus den Kreisen der Versammlung wurde die mit Beifall aufgenommene Anregung gefasst, falls die Regierung nicht bis zum 20. Februar in befriedigender Weise auf die vorgelegten Forderungen der Landwirtschaft geantwortet habe, Anfang März riesige Demonstrationen in Berlin zu veranstalten, um der Regierung vor Augen zu führen, daß die Landwirte die bisherige Behandlung nicht länger zu ertragen gewillt sind. Bemerkenswert war eine Mitteilung der Vertreter von Angermünde, daß dort mehrere Bauernvereinigungen in den letzten Tagen bereits Beschlüsse gefasst, alle Zahlungen einzustellen.

Die deutsch-litauischen Verhandlungen.

Wolodemas in Berlin.
Der litauische Ministerpräsident Wolodemas ist in Berlin eingetroffen, wo die deutsch-litauischen Verhandlungen bereits ihren Anfang genommen haben. Am Freitag wird Wolodemas vom Reichspräsidenten empfangen werden. Zu Ehren des Gastes sind mehrere Diners, u. a. auch bei Reichsaußenminister Dr. Treuschmann, vorgeplant.
Protest des Memelländischen Landtages.
Der Memelländische Landtag nahm gegen die Stimmen von Groß-Litauer und der Kommunisten eine Protestentscheidung gegen die Willkürpolitik des litauischen Gouverneurs gegenüber dem Memellandparlament an. Die Veröffentlichung der Erklärung wird überhaupt der Verhandlung über diesen Gegenstand wurde der memelländischen Presse durch die Zensur untersagt.

Reformen bei der Reichspost.

Ein Vortrags des Staatssekretärs Sautter.
Staatssekretär Sautter vom Reichspostministerium hielt einen beachtenswerten Vortrag über die Reformen bei der Deutschen Reichspost. Er wies auf die Erzielung der Vereinfachungen und die Zunahme des Verkehrs gegenüber der Vortragszeit hin und legte dar, daß die Zahl der beförderten Briefstücken im Jahre 1913 8,2 Milliarden betragen habe, 1926 aber 9,7 Milliarden. Die Zahl der beförderten Heften sei von sechs Millionen im Jahre 1913 auf 36 Millionen im Jahre 1926 gestiegen, und zwar infolge der Umschaltung des Kraftwagenverkehrs auf dem Lande, der, wie die gesamte ländliche Postbestellung, noch verstärkt werden soll. Eine große Steigerung weisen auch der Geld- und der Postschekverkehr auf. Trotz alledem sei der Personalstand in Verwaltung und Betrieb der gleiche geblieben, da auch bei der Reichspost die Rationalisierung bedeutende Fortschritte gemacht habe.
Im zweiten Teil seiner Ausführungen beschäftigte sich Staatssekretär Sautter mit den verkehrsrechtlichen Aufgaben der Reichspost. Er teilte mit, daß man sich mit dem Plane trage, Postannahmestellen auf dem flachen Lande und in kleineren Städten aus Geschäftsbüroabern zu übertragen. Es sei ferner an eine Erweiterung der Schalterstunden der Post wie an eine Verbesserung der Zustellung gedacht.
Der Staatssekretär berichtete dann über die Finanzwirtschaft der Post, deren Jahreseinnahmen und 2100 Millionen betragen. Davon entfielen auf Betriebskosten für Personal rund 1300 und auf Zuschüssen 700 Millionen; die restlichen 100 Millionen würden an das Reich abgeliefert. Zum Schluß seines Vortrages erklärte der Vortragsredner, daß es eine Erhöhung der Tarife unter keinen Umständen gedacht würde.